

## eGovernment-Wettbewerb

# Hessen setzt Maßstäbe

**Ausgezeichnet. Der Begriff „Konzern Hessen“ macht in Wiesbaden die Runde: Denn das Land soll künftig wie ein modernes Wirtschaftsunternehmen geführt werden. Die Behördenkunden spüren dies an einer steigenden Kundenorientierung und sinkenden Verwaltungskosten. eGovernment ist dabei unverzichtbarer Teil der umfangreichen Reform. Hessen wurde für seine umfassende Initiative mit dem eGovernment Preis 2006 in der Kategorie „Effizienteste Organisationsveränderung“ ausgezeichnet. Der Preis wird jährlich von BearingPoint und Cisco vergeben.**

Die eGovernment-Initiative der Hessischen Landesregierung wird in einem Masterplan konkretisiert. Er ist politisch legitimiert und legt eine einheitliche eGovernment-Strategie für die gesamte Landesverwaltung fest. Die Umsetzung wird von der Regierungsebene aus zentral gesteuert und überwacht. Auch der IT-Betrieb wird nicht mehr von den einzelnen Behörden geleistet, sondern zentral von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) wahrgenommen.

Vor der eGovernment-Initiative betrieben nahezu alle Behörden ihre eigene IT-Infrastruktur und zum Teil auch elektronische Registrarsysteme und DMS. Darüber hinaus hatte der Großteil der Behörden einen eigenen Internetauftritt mit eigenem Content-Management-System. Wenn möglich, wurden diese Systeme mithilfe von Integrationsplattformen (mySAP Netweaver, Microsoft .NET) in die neue Architektur übernommen. Teilweise wurden Altsysteme durch neue, für alle Behörden einheitliche Lösungen abgelöst. Daher lässt sich auch die Integrationsfähigkeit der IT-Systeme in die neuen Architektur optimal ausschöpfen, denn alle Anwendungen orientieren sich nun an (Quasi-)Standards. Diese Standards sind für alle Entwicklungsprojekte im Rahmen der eGovernment-Initiative verbindlich.

## Hessische Schlüsselprojekte

Der Einsatz moderner Technologien wird vor allem in den vier Handlungsfeldern Hessen Corporate Network (HCN), Dokumentenmanagementsystem (DMS), Hessenportal und der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) deutlich. Die gesamte hessische eGovernment-Initiative beruht in der Technologie grund-

sätzlich auf Industriestandards. Dabei werden Entwicklungszyklen aus wirtschaftlichen Gründen möglichst zeitnah mitgemacht. Planung, Beschaffung, Wartung und Betrieb der Infrastrukturdienste für die gesamte Landesverwaltung werden in Hessen zentral organisiert.

Das DMS ist ebenfalls zentral aufgesetzt. Der Posteingang der Landesverwaltung wird gescannt, via Texterkennung automatisch erfasst, in der Registratur zusätzlich mit Metadaten wie etwa Adresse, Erstellungsdatum und Laufzeit versehen und einer elektronischen Akte zugeordnet. Diese steht allen Beteiligten sowohl innerhalb der Behörde als auch behördenübergreifend zur Verfügung. Datensätze müssen nur einmal erfasst werden und können dann elektronisch – statt wie bisher auf dem Postweg – weitergeleitet werden. Liegezeiten entfallen und die Durchlaufzeit sinkt beträchtlich: beim Geschäftsprozess „Beihilfebearbeitung“ beispielsweise von sechs Wochen auf maximal zehn Tage.

Da alle Beteiligten den Vorgang unabhängig von Zeit und Ort einsehen können, verbessert sich die Auskunftsfähigkeit der Landesverwaltung gegenüber ihren Kunden deutlich. Zudem vermeidet das einmalige Erfassen der Daten Fehler bei der Eingabe und erhöht die Qualität der Dienstleistung.

eEinbürgerung ist ein gemeinsames Projekt des Hessischen Innenministeriums mit hessischen Kommunen und dem Regierungspräsidium Darmstadt. Alle beteiligten Seiten können auf die elektronischen Akten zugreifen, die in einer zentralen Datenbank abgelegt sind: Landesverwaltung, Ausländerbehörden, Statistisches Landesamt, Generalbundesanwalt, Bundeszentralregister, Landesamt für Verfassungsschutz Hessen und das Landeskriminalamt. Der Wissenstrans-

fer der gesamten Verwaltung wurde damit wesentlich erhöht und die Kommunikationsstränge gestrafft.

Ein weiteres zentrales DMS-Projekt ist das Kabinettsinformationssystem eKIS. Im Rahmen dieses Vorhabens werden seit April 2004 alle Termine, Tagesordnungen, Vorlagen und Niederschriften zu den Kabinettsitzungen nur noch elektronisch erfasst, bearbeitet und verteilt. Rund 250 Mitarbeiter der Hessischen Landesregierung nutzen eKIS bereits für ihre tägliche Arbeit – inklusive Ministerpräsident Roland Koch und sein Kabinett.

## Mitarbeiter vorbereiten

Ein Risiko bei der Realisierung solcher Projekte besteht darin, dass eGovernment nicht nur die Arbeits-



abläufe in den Verwaltungen grundlegend ändert. Gleiches gilt auch für die Zielsetzung des Verwaltungshandelns. Das Wissen, um mit diesen Veränderungen umgehen zu können, muss vielen Anwendern nahegebracht werden. Hessen setzt dabei auf intensive Kommunikation, das frühzeitige Einbeziehen von Führungskräften und Schulungsmaßnahmen für alle Mitarbeiter.

So müssen Führungskräfte den Sprung vom fachlichen Leiter zum universell aufgestellten Public Manager meistern, um diese neuen Anforderungen in ihren Abteilungen erfolgreich umsetzen zu können. Zu den veränderten Aufgaben gehören Prozess- und Budgetkontrolle sowie Mitarbeiterführung. Dafür geben sie einen Teil ihrer Informationshoheit an die Mitarbeiter ab, die mehr Verantwortung in der Prozessdurchführung erhalten. Zudem sind produkt- und projektspezifische Schul-

ungen und eLearning-Maßnahmen Teil der Weiterbildung.

## Einheitliche Organisation

Zudem hat das Land Hessen ein eGovernment-Entwicklungs-Center (EEC) eingerichtet, das ressortübergreifend die Umsetzung der eGovernment-Strategie gewährleisten soll. Dort sind insbesondere für die Projekte DMS und Hessenportal organisationsübergreifende Arbeitsgruppen gebildet worden. Wichtigste Voraussetzung war die Änderung des Haushaltsgesetzes, wonach alle Ausgaben für IT-Projekte gesperrt werden, die nicht Standard-konform sind und keine Zustimmung des Bevollmächtigten für eGovernment und Informationstechnologie (CIO), Staatssekretär Harald Lemke, haben. Nur so ist es möglich, eine für alle Ressorts einheitliche Strategie umzusetzen. 50 Millionen Euro

## eGOVERNMENT IST

- ... wenn Kunden schnell eine gute Dienstleistung vom Staat erhalten (One-Stop-Service-Gedanke mit zentralem Ansprechpartner).
- ... wenn Behörden über Ländergrenzen hinweg ohne Medienbrüche zusammenarbeiten.
- ... wenn Polizisten auf der Straße sind und nicht an der Schreibmaschine.
- ... wenn der Staat seine Aufgaben schneller/effizienter und gleichzeitig kostengünstiger erfüllen kann.

machte das zentrale Budget zur Anschubfinanzierung aus. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung der im eGovernment-Masterplan beschlossenen Projekte aus den ursprünglich geplanten IT-Mitteln der einzelnen Ressorts.

Hessen setzt sich engagiert dafür ein, seine Lösungen und Erfahrungen an andere Länder sowie Bund und Kommunen weiterzugeben. Daher bringt CIO Harald Lemke die eGovernment-Lösungen aus Hessen bei den entsprechenden Arbeitsgruppen von Deutschland-Online ein. Der hessische Ansatz wird schon heute von vielen Experten als wegweisend angesehen. So wird beispielsweise das Bundesverwaltungsamt die in Hessen entwickelte Lösung „eBeihilfe“ zur automatisierten Bearbeitung von Beihilfebescheiden verwenden.

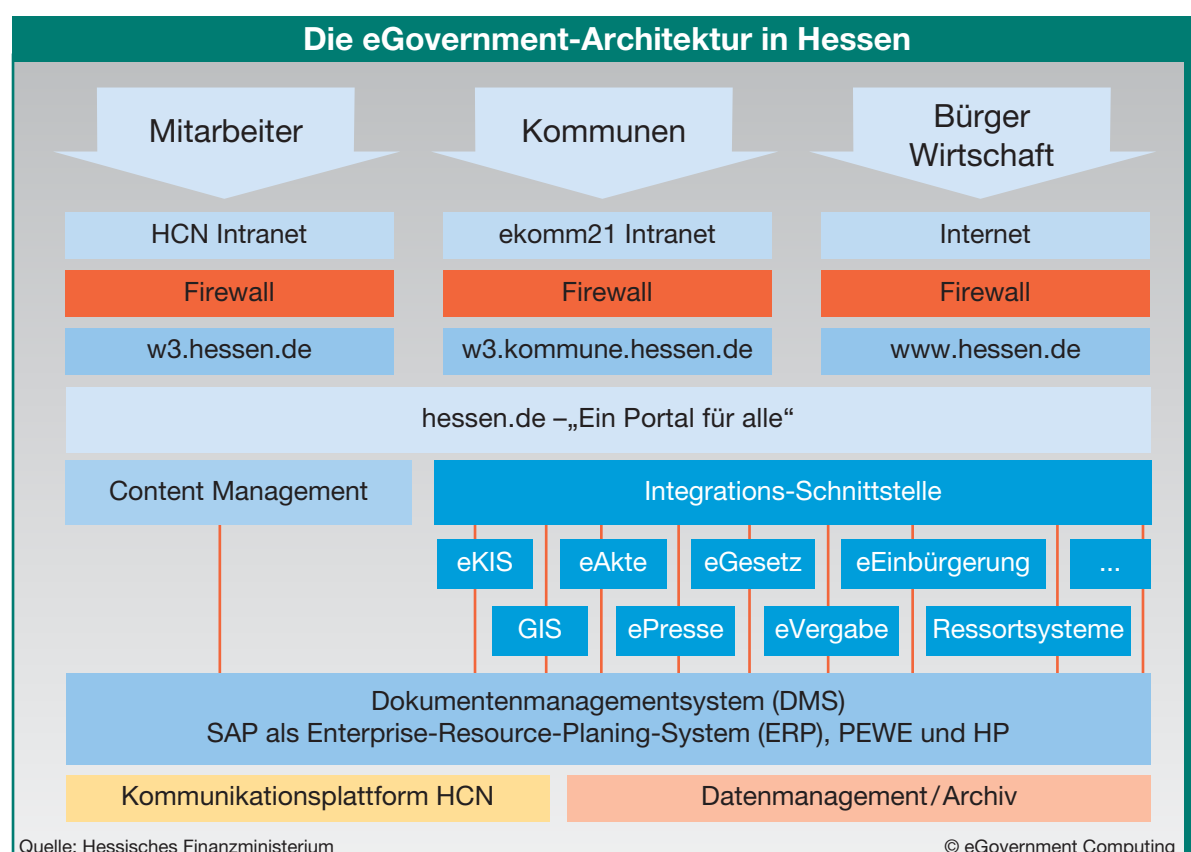
## Bedeutung von eGovernment

Kern der Hessischen eGovernment-Initiative ist die Positionierung Hessens als Konzern, der mit modernen Managementmethoden geführt wird. Die Abteilung eGovernment hat ein Kommunikationskonzept ausgearbeitet, das folgende Gleichung vermittelt: eGovernment = schlanker Staat = Nutzen für Bürger, Unternehmen und Gesellschaft. Fazit: eGovernment ist ein Standortvorteil. *mk*

## DER WETTBEWERB

### WEITERE INFORMATIONEN

Michaela Bergschmidt  
Tel. 030/88004-9096  
eMail michaela.bergschmidt@bearingpoint.com  
► [www.egovernment-wettbewerb.de](http://www.egovernment-wettbewerb.de)



Quelle: Hessisches Finanzministerium

© eGovernment Computing

**NETZWERK.** Umfassend und komplex – die eGovernment-Architektur Hessens im Überblick

## Interview

# „Wir übernehmen Verantwortung“

**eGovcom:** Herr Lemke, das Land Hessen wurde beim eGovernment-Wettbewerb 2006 für seine eGovernment-Strategie ausgezeichnet. Nun haben auch andere Bundesländer entsprechende Strategien verabschiedet. Was macht den hessischen Ansatz auszeichnetungswürdig?

**Lemke:** Was uns auszeichnet, müssen Sie die Juroren fragen. Was die hessische Strategie von anderen unterscheidet, ist nach meiner Auffassung die Intensität, mit der die Landesregierung sich mit ihrer IT-Strategie befasst und die Stringenz, mit der die daraus abgeleiteten Projekte ressortübergreifend umgesetzt werden.

**eGovcom:** Herr Lemke, Sie sind nicht nur CIO des Landes Hessen, sondern auch Vorsitzender des Lenkungsausschusses eGovernment beim Bund. Glauben Sie, der strategische Ansatz Hessens ließe

**Katalysator.** Hessens CIO Harald Lemke erläutert im Interview mit eGovernment Computing den weiteren Ausbau der prämierten eGovernment-Strategie und macht sich für eine umfassendere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern stark. Vor allem ein gemeinsames Auftreten auf EU-Ebene liegt ihm am Herzen.

sich auf andere Projekte und Initiativen übertragen?

**Lemke:** IT-Strategie folgt der Geschäftsstrategie. In der Öffentlichen Verwaltung heißt das: Die IT-Strategie folgt der politischen Strategie. Vor diesem Hintergrund ist eine Eins-zu-eins-Adaption des hessischen Ansatzes weder sinnvoll noch möglich. Deutschland-Online muss daher auf die föderale Struktur Deutschlands Rücksicht nehmen und auf einem gemeinsamen Nenner aufbauen. Die Erfahrung zeigt aber, dass bei 17 Beteiligten (Bund und Länder) der gemeinsame Nenner für erfolgreiche Projekte häufig zu klein ist. Hier müssen wir Wege finden, die kleineren Startergruppen die Themenfelder aufbereiten und vorangehen – nichts

wirkt einigender als erfolgreiche Pilotprojekte.

**eGovcom:** Wie wird sich Hessen in die eGovernment-Initiativen der Bundesregierung einbringen?

**Lemke:** Wir übernehmen Verantwortung. Damit meine ich nicht nur mein persönliches Engagement im Rahmen von Deutschland-Online. Hessen beteiligt sich neben dem Bund und der Dataport an der Startfinanzierung von KIVD (Kommunikationsinfrastruktur der Deutschen Verwaltung) bei dem es um den Aufbau eines bundesweiten Verwaltungsnetzes geht. Und Hessen wird dabei sein, wenn Deutschland-Online-Projekte konkret umgesetzt werden. Last, but not least wollen wir durch mehr

Präsenz in Brüssel deutlich machen, dass das deutsche eGovernment eine föderale Architektur hat, deren Funktionalität nicht auf die Bundesebene beschränkt ist, sondern auch die Systeme in den Ländern und Kommunen beinhaltet. Es muss uns gelingen, ein Netzwerk von engagierten eGovernment-Protagonisten in Bund, Ländern und Kommunen zu organisieren, mit dem wir auf EU-Ebene gemeinsam und abgestimmt agieren. Hier hat der Bund zweifelsfrei eine Leitfunktion, aber wir sollten ihn im eigenen Interesse nicht allein lassen.

**eGovcom:** Welche Aktivitäten stehen in Hessen selbst in Sachen



**HARALD LEMKE** prüft, ob die Einführung einer allgemeinen Behördenrufnummer nach US-Vorbild auch in Hessen funktionieren könnte

## eGovernment in den kommenden Monaten an?

**Lemke:** Wir haben in Hessen in den letzten dreieinhalb Jahren eine Vielzahl von zum Teil sehr großen und komplexen Projekten gestartet, zum Beispiel die flächendeckende Modernisierung der Justiz, die Einführung der Doppik mit Kostenrechnung und Produkthaushalt, die ressortübergreifende Einführung

von Dokumentenmanagement, die Konsolidierung unserer Kommunikationsinfrastruktur sowie unserer internen und externen Webauftritte der Landesverwaltung. Der Umfang dieses Programms mit über hundert Einzelprojekten und seine Auswirkungen auf Verwaltung und Politik sind zum Teil gravierend. Wir sind daher sicher gut beraten, diese Projekte erst zu konsolidieren, bevor wir eine zweite Modernisierungswelle starten. Gleichwohl spannen wir gerade den Bogen für zukünftige Initiativen. So prüfen wir zurzeit gemeinsam mit Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, ob wir im Bereich unserer Datenzentralen stärker kooperieren können. Ich sondiere gerade die Einführung einer Behördennummer nach US-amerikanischen Vorbild, wo Bürger unter der Rufnummer 311 alle Behörden erreichen können – ein Service, der dort sehr großen Anklang findet und sicher mehr Bürgerrelevanz als jedes Internetportal hat.

Das Interview führte Manfred Klein